

# Fake News – Gefahren für Stabilität und Sicherheit

**Desinformation, Halbwahrheiten und Fake News vergiften nicht nur das politische Binnenklima, sie stellen auch als Methoden externer staatlicher Einflussnahme eine Gefahr dar. Beiden Entwicklungen muss aktiver als bisher begegnet werden. Hierzu referierte der Autor vor der Sektion Frankenberg-Waldeck und bei zwei Schülerveranstaltungen.**

**F**ake News! In kürzester Zeit hat dieser Begriff eine atemberaubende Karriere hingelegt und ist in aller Munde. Warum werden Fake News geglaubt? Stark vereinfacht lässt sich sagen: Menschen werden bei der Bewertung von Informationen von ihren Motiven und Zielen, ihren Überzeugungen und Sorgen sowie ihrer Umgebung beeinflusst. Da zählt die Meinung zu Fakten oft mehr als die Fakten selbst. Und Fake News sind meinungsstark, sie bedienen den Nachrichtenwert des Neuen und Negativen besonders intensiv, sie erzeugen starke Gefühle, an denen Tatsachen zumeist wirkungslos abprallen. Man hat es ja schon immer gewusst!

lismus aus, der mit seinem Gemisch von Fake News und alternativen Fakten, von einfachen Wegen zu simplen Lösungen, von rassistischen und völkischen Parolen immer wieder erstaunlichen Erfolg hat. Das bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## Es droht ein digitaler Rüstungswettlauf

Auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen geht es im Cyberspace wenig zimperlich zu. So sollen chinesische Hacker deutsche Regierungs- und Parlamentsserver angegriffen haben, rus-

rüsten statt, das wenig Gutes verheißt. Vor allem Russland und China nutzen alle Möglichkeiten, in das politische Leben und die Informationswelt ihrer Zielländer einzudringen und die Öffentlichkeit gezielt zu manipulieren. Wie aktiv Russland im Informationsraum unterwegs ist, veranschaulicht der aktuelle NATO-Bericht zum sogenannten Robotrolling, demzufolge 93 Prozent der russischsprachigen Twitter-Accounts anonym oder von Robotern betrieben werden.

Der Kreml agiert aber auch über offene Kanäle wie dem Auslandsfernsehsender RT. Dessen propagandistische Zielrichtung kann man exemplarisch an seiner Berichterstattung über die Demonstrationen der sogenannten Gelbwesten in Frankreich studieren: gesellschaftliche Desintegration. Es drohen aber auch Gefahren aus demokratischen Ländern. Als im Europäischen Parlament kürzlich eine Gesetzesrichtlinie zum Urheberleistungsschutz zur Abstimmung stand, wurden die Mailpostfächer der Abgeordneten mit Millionen Protestmails geflutet, ergänzt durch ein elektronisches Flächenbombardement auf Twitter. Was sich als Bürgerprotest ausgab, war erkennbar von Bots generiert und von einer Agentur aus den USA gesteuert; darin war sich die Berichterstattung ebenso einig wie zu den in der Internetwirtschaft vermuteten Hintermännern. Auch so kann man den demokratischen Entscheidungsprozess manipulieren.

## Was ist dagegen zu tun?

Damit sind wir bei der Kernfrage: Wie schützen wir uns als demokratische Gesellschaft gegen interne und externe Manipulation und Desinformation? Wie begegnen wir einem grassierenden Populismus und Extremismus mit seinem Gebräu von Lügen, Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien?

Ein guter Anfang wäre eine Versachlichung des politischen Diskurses ohne Lagerdenken und moralische Selbstüberhöhung. „Wir müssen wieder lernen zu streiten, ohne Schaum vor dem Mund“, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Nicht jedes Argument ist falsch, weil es von den Parteien AfD oder Die Linke kommt. Nicht jeder Kritiker der Flüchtlingspolitik ist

Fotos: GSP



**Manfred Weider, stellvertretender Sektionsleiter und Referent Helmut Fischer**

Die blitzschnellen Kommunikationswege des Internets sind geradezu ideal für die virale Verbreitung von Fake News: Man postet, liked, shared und retweeted rund um die Uhr. Oft lebt sich dabei ein Popu-

larische Hacker werden für Cyberangriffe auf britische Medien, Telekommunikationseinrichtungen und Energieversorger verantwortlich gemacht. Im Cyberspace findet täglich ein globales digitales Wett-



**100 Schüler der Hans-Viessmann-Schule, Bad Wildungen, folgen den Ausführungen des Referenten.**

ein Rassist. Die kollektive Pathologisierung einzelner Gruppen und Strömungen stärkt nur deren Zusammenhalt und Weltbild und nützt sonst niemandem.

Die Demokratie braucht informierte Bürger, und das setzt die unabhängige und integre Arbeit von Medien und Wissenschaft voraus. Wir können uns die Welt nicht im Alleingang erklären, sondern sind dazu auf Fachleute, Wissenschaftler und unabhängige Journalisten angewiesen.

Zu deren Arbeit muss, bei aller kritischen Distanz und trotz einzelner journalistischer Fehlleistungen, Vertrauen bestehen. Eine

Gesellschaft, die dieses Grundvertrauen in Medien und Wissenschaft verloren hat, wird eine leichte Beute von Demagogen und Lügern.

### Wahr muss es sein

Umgekehrt müssen die Medien ihren Beitrag leisten, dieses Vertrauen herzustellen und zu erhalten. Einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung zufolge fehlt es daran häufig. Diesen Befund ergänzt eine wachsende Nachrichtenmüdigkeit der Bürger durch das wahrgenommene Übermaß an

schlechten Nachrichten, Kritiker konstatieren eine „strukturelle Fehlinformiertheit“ des Publikums.

Zwischen den Staaten wird der Cyberwar zu einem technologischen Wettrennen, das man politisch in beherrschbare Kanäle lenken muss. Warum sollte das nicht gelingen? Daneben erleben wir aktuell eine intensive Debatte über die Möglichkeit, Hassreden, Fake News und Desinformation in den sozialen Medien zu unterbinden. Das darf aber nicht die Meinungsfreiheit einschränken. Natürlich haben Mordtaten, pädophile Darstellungen oder Aufrufe zu kriminellen Handlungen im Internet nichts zu suchen. Aber müssen wir jeden extremistischen Blödsinn verfolgen? Wer wird denn die Grenze zwischen zulässiger und unzulässiger Meinung definieren?

Hass, Desinformation, Lügen sind weder Erfindung noch Folge des Internets, es gibt sie massenhaft seit der Verwendung beweglicher Drucklettern. Verbote sind sinnlos, die angemessene demokratische Antwort kann nur lauten, Differenzierungsvermögen durch Bildung und Medienkompetenz zu fördern. Gerade die Generation der Digital Natives jongliert so routiniert mit den technischen Möglichkeiten des Internets, ist aber zumeist nicht in der Lage, Informationen richtig zu bewerten und einzuordnen. Hier der jungen Generation Medienkompetenz zu vermitteln, das wäre ein wichtiges und gesellschaftsrelevantes Thema für die Schulen.

**Helmut Fischer, Oberst a.D.**



## Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: [geschaeftsstelle@gsp-sipo.de](mailto:geschaeftsstelle@gsp-sipo.de)

### Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischer Verständnisses in der Bevölkerung.

### Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

### Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

### Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

**Präsidentin:** Ulrike Merten

**Geschäftsführer:** Reiner Wehnes (mit der Wahrnehmung beauftragt)

**Vereinsregister-Nr.:** 5684, Amtsgericht Bonn

### Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 2 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

**Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)**

**Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)**

**Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)**

**Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 02255/4258)**

**Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)**

**Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)**

**Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)**

**Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)**

**Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)**